

knappheit, zwang die Geschäftsleute, ihre Warenlager abzustufen und lief so in allen Fällen der Preisse hervor. Dies hielt bei der Gruppe „Bekleidung“ bis Mitte August an, und erst die letzten Monate des Jahres standen wieder unter dem Zeichen einer langsamen Aufwärtsbewegung, die aber insgesamt 5 v. H. nicht erreichte und die Maßhölzer für die Bekleidungsstoffe auf etwas weniger als 50 v. H. über den Preisstand von 1913/14 brachte. Das Zurückgehen der Ernährungsziffer wurde schon Anfang Juli durch eine bedeutende Preissteigerung, diese bald darauf durch eine starke Senkung unterbrochen. Diese Schwankungen hatten namentlich in den Preissteigerungen von Kartoffeln und Gemüse neuer Ernte ihre Ursache. Bereits seit Mitte Juli machte sich — zum Teil hervorgerufen durch die Freigabe der Getreideausfuhr — ein fortgesetztes Steigen der Preise der wichtigsten Agrarprodukte, insbesondere von Brot und Mehl, dann aber auch von Fleisch, Fett, Wurst und Zucker, bemerkbar. In den Ernährungsziffern vom August wickelte sich allerdings diese Entwicklung noch nicht aus, da sie durch die infolge des starken Saisonangebots sinkenden Kartoffel- und Gemüsepreise ausgeglichen wurde. Erst der Stillstand dieser Gegenbewegung Ende August brachte die Ernährungsziffer zu anhaltendem Steigen. Ende Oktober wurde der Gipfelpunkt erreicht; insoweit stellte sich die Preissteigerung Ende Oktober gegen Ende August auf 11—12 v. H. Seit Anfang November hielt sich die Maßhölzer der Gruppe „Ernährung“ auf etwa 35 v. H. über dem Vorjahresniveau.

Die Kosten für Heizung und Beleuchtung befanden sich seit Anfang 1924 bis zum Jahresabschluss infolge des Abbaus der Kohlenpreise und der Frachten in einer zwar langsamen, aber fast ununterbrochenen Abwärtsbewegung. Die Maßhölzer vom 7. Januar (185,0) wurde von der vom 30. Dezember 1924 (135,5) um 18 v. H. unterschritten.

Die stärkste Bewegung von allen Ausgabengruppen wies jedoch die Wohnmiete auf. Durch die Zwangsbeschränkung niedrig gehalten, erreichte sie bei Jahresbeginn nur ein Viertel bis ein Drittel des Vorjahresniveaus. Die Notwendigkeit, allmählich auch hier die staatliche Regelung fallen zu lassen, führte zu sprunghaften Erhöhungen, die sich — der Eigenart der Fälligkeitstermine angepaßt — regelmäßig mit den Monatsziffern deckten. Besonders starke Steigerungen (mehr als 15 v. H.) fielen mit dem Beginn der drei ersten Vierteljahre zusammen. Insgesamt erhöhte sich während des Jahres 1924 die gesetzliche Wohnmiete (im Reichsdurchschnitt) um etwa 150 v. H. auf fast drei Viertel des Vorjahresniveaus.

Zeitraum	Lebenshaltung ¹⁾	Ernährung	Heizung u. Beleuchtung	Bekleidung	Wohnung
1. Viertelj. 1924	107,0	121,3	156,3	149,0	33,7
2. Viertelj. 1924	119,0	123,0	147,0	155,7	55,0
3. Viertelj. 1924	115,3	124,3	141,3	143,7	69,3
4. Viertelj. 1924	122,4	134,7	135,4	147,5	73,9

Die Lebenshaltungskosten sind also im Jahre 1924 um 15 Punkte gestiegen. Wo wäre da die Arbeiterkraft überhaupt geblieben, wenn ihr nicht durch die Gewerkschaftsbewegung die Möglichkeit gegeben wäre, ihre Löhne zum Teil erheblich zu steigern? Es mag sein, daß in manchen Orten der Lohnausgleich noch nicht ganz zustande gekommen ist. Aber wie weit läge er noch ohne Organisation zurück? Durchschnittlich sind die Löhne im Jahre 1924 in der Metallindustrie durch die gewerkschaftliche Betätigung um 40—50 Prozent, an einigen Stellen sogar um 80 bis 90 Prozent gegenüber Jahresanfang gesteigert worden. Und das nicht ein genügender Beweis für den Erfolg der gewerkschaftlichen Organisation! Und trotzdem gibt es noch eine ganze Anzahl Metallarbeiter, die sich von der Organisation brüden. Diesen muß durch Hausagitation gründlich „der Griffel gespült“ werden.

Qualitätsarbeiterverluste durch die Deutsche Auswanderung

Die Auswanderung gelernter deutscher Arbeiter aus der deutschen Industrie und dem Handwerk machte im Jahre 1923 etwa 40 Prozent der gesamten Jahresauswanderung, die für das Jahr 1923 auf 115 416 Männer und Kinder geschätzt wurde, aus. Für das Jahr 1924 liegen bisher amtliche Ziffern nur bis Ende Oktober vor. Wenn man die Monatsdurchschnitte vom September und Oktober für den Rest des Jahres 1924 zu Grunde legt, so dürfte die Jahresauswanderungsziffer 1924, die Ende Oktober bereits 47 047 betrug, etwa 60 000 erreichen. Sie übersteigt erweiterungsweise erheblich hinter der Rekordziffer von 1923 zurück. Aber immerhin ist die Gefahr, daß Deutschland durch Auswanderung eine riesige Zahl von Qualitätsarbeitern im Handwerk, Industrie und Bergbau verliert, heute ganz wesentlich größer als sie es in den Jahren 1918—22 und vor dem Kriege war; denn 1919 wanderten etwa 3100, 1920 8500, 1921 etwa 24 000 und 1922 etwa 37 000 Deutsche aus, während 1912 etwa 18 500 und 1913 etwa 25 800 Deutsche zumeist in überseeischen Gebieten eine neue Heimat suchten.

Zu diesen Tatsachen schreibt die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 16. Januar: „Die Beunruhigung der deutschen Arbeitgeberverbände über das starke Abwandern gelernter Handwerker und Industriearbeiter ist nach den vorliegenden Ziffern der beiden letzten Jahre nur zu gut begründet. Sie haben schon vor Monaten die

1) Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung, Wohnung.
2) 1913/14 = 100.

Aufmerksamkeit des Reichsarbeitsministers auf diese Tatsache gelenkt. Das Reichsarbeitsamt sei zwei Jahren diese Entwicklung mit erhöhter Aufmerksamkeit; denn die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß mancher deutsche Arbeiter, der bei den mangelhaften Lohnverhältnissen, den schlechten Konjunkturen und fortgesetzten Krisen sowie den hoffnungslosen Aussichten, niemals selbstständig zu werden, den deutschen Heimatboden in der Richtung der benachteiligten Staaten, Südamerika und Ostasien verließ, in den neuen Weltländern keine Tüchtigkeit bewahren, deren Volkswirtschaft stärken und der deutschen Heimatindustrie auf den Weltmärkten bald wesentlich verfehlteste Konkurrenz machen wird.

Die Berufsgruppen, die 1924 die stärkste Auswanderungstendenz aufwiesen, waren in erster Linie Eisen- und Metallindustrie, Elektrotechnik und Feinmechanik. Es folgten Textilindustrie, Bergbau und Salinenbetriebe, Baugewerbe, Spielwarenindustrie, Bekleidungsindustrie, Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Wesentlich geringer war die Abwanderung von Qualitätsarbeitern aus der chemischen Industrie, sowie der Papier-, Leder- und Musikindustrie. Durchweg war die Zahl der selbständigen Erfindungen unter diesen Auswanderern sehr gering. Dasselbe gilt für eine große Reihe gelernter Arbeiter aus Handel und Verkehr, unter denen Kaufleute, Verkehrs- und Versicherungsfachleute sowie Hotel- und Restaurationangestellte in erster Linie zu nennen sind. Von den freien Berufen, insbesondere Ärzte und Ingenieure, hat Deutschland 1924 rund 2000 männliche und weibliche Kräfte ins Ausland geschickt. An gelehrten Kräften für häusliche Dienste gingen 1923 etwa 10 Prozent der gesamten Auswanderungsziffer, davon allein 1923/24 ausgewanderten Qualitätsarbeiter war lebend. Etwa 60—65 Prozent reisten als Einzelpersonen. Auf die Familien, die reisten, entfielen im Durchschnitt ein Kind unter 14 Jahren. Das Verhältnis von männlichen zu weiblichen Auswanderern war 1923 etwa 65:48. Im Jahre 1924 ist es nach den Vierteljahrsdurchschnittsziffern geschätzt mit 67:48 fast das gleiche geblieben.

Sowohl die „Deutsche Bergwerkszeitung“. Wenn so manche qualifizierte Metallarbeiter auswandern, so sind, abgesehen von mancher Ueberpannung, die ja auch vorkommt, daran die Lohn- u. Arbeitsverhältnisse meistens schuld. Das Unternehmertum hat oft manchen Arbeiter Anlaß gegeben, auszuwandern. Wenn die Industrie ihren Qualitätsarbeitern gute Löhne zahlt, werden sie schon nicht auswandern.

Steuern und ihre Verteilung

Es läge eigentlich ein Grund vor, sich zu freuen, denn der Steuereingang im Jahre 1924 ist über den Voranschlag hinausgegangen. Während der Voranschlag 5 243 Millionen Reichsmark vorsieht, sind vom 1. April bis 31. Dezember 1924, also in neun Monaten, 5 293 Millionen Reichsmark eingegangen. Für die kommende Steuerreform ist es sehr interessant, sich ein Bild über die einzelnen Posten des Ausweises zu machen. Die Einnahmen betragen:

	Dezember 1924	1. 4. bis 31. 12. 24 (in tausend Reichsmark)	Voranschlag für das laufende Rechnungsjahr
Gesamteinnahmen	635 055	5 293 037	5 243 747
davon:			
fortdauernde Steuern	469 052	4 146 904	4 168 000
einmalige Steuern	7 789	65 307	—
verpflichtete Zölle und Verbrauchssteuern	146 230	990 443	1 017 000
andere Zölle und Verbrauchssteuern	11 478	83 405	82 700

Aus der Zusammenstellung geht hervor, daß die sogenannten dauernden und einmaligen Steuern eine gewisse Abnahme zeigen, während vor allen Dingen sich bei den Zöllen und Verbrauchssteuern, die ja verpflichtet sind, eine merkbare Zunahme konstatieren läßt. Wir geben die einzelnen Steigerungen in folgender Aufstellung wieder:

Zölle	36 148	230 123	160 000
Tabaksteuer	49 152	365 299	360 000
Biersteuer	12 574	146 409	126 000
Zuckersteuer	28 719	159 269	231 000
Branntweinmonopol	19 639	89 341	140 000

Der glänzende Abschluß bei den Reicheinnahmen ist in erster Linie auf die Einkommen- und die Umsatzsteuer zurückzuführen. Die Entwicklung der Einkommensteuer gestaltet sich wie folgt:

	Dezember 1924	1. 4. 24 bis 31. 12. 24 (in tausend Reichsmark)	Voranschlag für das laufende Rechnungsjahr
Lohnabzug	126 319	855 373	—
Steuerausgang vom Kapitalertrag	1 614	9 008	1 344 000
andere Einkommensteuer	59 316	636 365	—

Diese Entwicklung überragt. Bekanntlich ist für die Lohnabzugssteuer die Ermäßigung durch die letzte Steuerreform eingetreten. Trotzdem sind die Einnahmen gestiegen. Das scheint seinen Grund in der Mehrbeschäftigung und in der stärkeren Inanspruchnahme des Arbeitsmarktes zu haben. Für die Umsatzsteuer gestalteten sich die Einnahmen wie folgt:

Bei den daher im allgemeinen nur selten vorgenommenen Abschladungen werden neben den ausgebrannten Rückständen oft genug auch halboberbrannte Kohlenstücke mit ausgeräumt — ein Verlust, der übrigens von den erwünschten Messungen nicht erfährt werden kann und den Wirkungsgrad der Anlage weiter verschlechtert.

Die lange Dauer des Ausschladens großer Rückstände führt zugleich infolge des Zutritts kalter Luft durch die Feuertür sowie aber auch durch die bedeutende Verleinerung der Feuerstätte eine übermäßige Abkühlung des Kessels herbei; ein dritter Verlustfaktor, der nebst der zu schädlichen Wärmeverlusten, Rohrbrühen und Leckwerden der Kesselnächte Veranlassung gibt.

Diese Schwierigkeiten sind zwar seit langem bekannt; aber erst vor einigen Jahren kam man auf den Gedanken, die Entschladung durch ein Aufklappen des Kessels zu vereinfachen und die Rückstände und Schlacken direkt in den Hefenfall zu schaffen. Unter dem Druck der Brennstoffnot im Kriege wurde dieser sogenannte Kippapparat — hergestellt beim Neustädter Eisenwerk Duisburg — zuerst im Eigenbetrieb eingeführt. Bei den Lokomotiven war das Entschladen bisher nur während eines längeren Aufenthaltes auf den Wendepunkten möglich, während nun die Entschladung zu beliebiger Zeit während der Fahrt vorgenommen werden kann. Auf diese Weise sind z. B. unserer Reichsbahn täglich bedeutende Ersparnisse ermöglicht worden.

Wie hoch der Wert dieses Kippapparates veranschlagt wird, geht daraus hervor, daß der Geh. Reg. Rat Dr.-Ing. e. H. Garbe, der Schöpfer unserer bewährten Heißdampflokomotiven, die Forderung gestellt hat, jede Lokomotive, gleich welcher Bauart, mit einem Kippapparat zu versehen.

Aber auch im stationären Kesselbetrieb und noch mehr in den engen Räumen vor den Schiffskesseln bedeutet eine solche Kessleinrichtung eine wesentliche Erleichterung. Für diese Zwecke ist der in Abb. 1—2 dargestellte Drehtrost — eben-

	Dezember 1924	1. 4. 24 bis 31. 12. 24 (in tausend Reichsmark)	Voranschlag für das laufende Rechnungsjahr
Allgem. Umsatzsteuer	140 253	1 353 757	1 260 000
Luzussteuer	11 147	85 205	180 000

Gegenüber November ist sowohl in der allgemeinen als auch in der erhöhten (Luzus-) Steuer eine nicht unwesentliche Verminderung eingetreten, jedoch wird dadurch an dem Gesamtergebnis nichts geändert.

Für die Lohn- und Gehaltsempfänger ist es wichtig, zu erfahren, daß bei einem Gesamtjahre des Steuerjahres von 5,2 Milliarden, in neun Monaten, 855 Millionen Reichsmark an Lohnabzug und 1,4 Milliarden an Umsatzsteuer zu tragen waren. Die Umsatzsteuer ist in diesem Umfange eine ungeheure indirekte Belastung der breiten Massen, auf die sie ja abgewälzt wird. So tragen die unteren Schichten heute wenigstens noch 50 Prozent der gesamten Steuerlast. Daß das auf die Dauer untragbar ist, ist selbstverständlich. Es wird Aufgabe der Spitzenorganisationen sein, hier Vorschläge zu machen und bei den Regierungen nicht locker zu lassen, um Besserungen zu erreichen.

Produktivität, Fordismus und „wissenschaftliche“ Betriebsführung

Taylor dachte hierbei nicht nur an die Erhöhung der Rentabilität, wie seine Gegner behaupten. Überholt betont er in seinen Schriften, das Ziel seiner Methode sei der Interessenausgleich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Arbeiter und Betriebsleitung müßten sich bei der Verantwortung teilen. Der Leitung verbleibe die verantwortliche Arbeitsdisposition, dem Arbeiter sei die verantwortliche Ausführung vorbehalten. Beide Faktoren hätten das gleiche Interesse an dem Gelingen des Betriebes, an der größten Ausnutzung der Produktionsmittel, durch die sowohl die Rentabilität der Betriebe als auch der Durchschnittslohn sich mehren werde. Die Aufgabe der Arbeiter werde eine Betätigungsmöglichkeit jedes einzelnen entsprechend der individuellen Arbeitsbefähigung ermöglichen und damit auch das Vertrauen der Arbeiterschaft zu den sie anleitenden Meistern erhöhen. Auch die allgemeine Betriebsführung werde mit Hilfe der „wissenschaftlichen Betriebsführung“ steigen können.

Die kritischen Einwände gegen den Taylorismus lassen sich in drei Gruppen teilen: in Gegenargumente sozial-politischer, arbeitspsychologischer (hygienischer) und psychischer Art. Sie haben in Deutschland im allgemeinen zu einer Ablehnung des Taylorismus durch die Arbeiterschaft geführt. Taylor hat auf den Hauptgrund der Gegenargumente der ersten Gruppe selbst hingewiesen: auf die Arbeitslosigkeit als Folge seiner Methode. Er gibt in seinem Buche einen Bericht der größten amerikanischen Fabrik zur Herstellung von Fahrradnägeln wieder, in dem es heißt: „Weder verloren wir so viele von den intelligentesten, fleißigsten und ehrlichsten Männern, lediglich weil ihnen schnelle Wahrnehmung und Entschlußfähigkeit fehlten.“ Taylor nimmt diese Wirkung freilich nicht wahr. An einer anderen Stelle, wo er von den Folgen der methodischen Vorgehens von Hochleistungsladern in den Beistehenden-Steel-Works spricht, meint er, „daß es für die Leute eine Wohltat war, von dieser Tätigkeit, zu der sie nicht taugten, befreit zu werden.“ Es sei für sie „der erste Schritt“ gewesen, „Arbeit zu finden, für die sie sich besonders eigneten, und bei der sie fleißig dauernd höhere Löhne fanden, nachdem sie richtig eingeschult waren.“ — ein Argument zur Bewehrung des Gewinns rigoroser Unternehmer. Denn auch Taylor mußte wissen, daß die „wohltätigen“ Folgen der Entlassung, die er so gutherzig preist, nur in den seltensten Fällen, nur bei einer außergewöhnlichen Gunst der Arbeitsmarktlage eintreten werden.

Noch weit gewichtiger erscheint die zweite Gruppe der Gegenargumente, die Widerstände aus arbeitspsychologischen Motiven. Die Tayloristischen Methoden bedeuten erfahrungsgemäß auf die Dauer einen unersättlichen Raubbau an der Arbeitskraft. Das ist durch einwandfreie Untersuchungen gelehrter Physiologen zu wiederholten Malen bestätigt worden. Professor Rosenberger (Breslau) z. B. hat in der Berliner K. n. W. Wochenschrift vom 17. Mai 1915, Seite 519 ff. festgestellt, daß die vierfache Steigerung der Tagesleistungen, die der Taylorismus erzielte, eine vierfache Mehrverbrauch der Arbeitskräfte gegenüber stellt. Ein 75 Kilogramm schwerer Arbeiter brauche zum Wiederersatz seiner im Taylorismus verweilenden Kräfte anstatt der Zufuhr von 50 Gramm Fett der Zufuhr von 339 Gramm oder deren Äquivalent. Dieser Mehrverbrauch stelle Anforderungen an die Verdauungsorgane des Arbeiters, denen sie kaum gewachsen seien. Früher Verfall, vorzeitiges Ausschneiden aus dem Berufe seien die unausbleiblichen Folgen, über die auch der Mehrverdienst für einige Jahre nicht hinwegtrösten könne.

Die dritte Gruppe der Widerstände gegen den Taylorismus schließlich, die psychische, hat ihren Grund in der Entgeißelung der Arbeit. Für sie gelten alle jene Einwände, die wir mit Bezug auf die Fordischen Methoden vorgebracht haben.

*) Fredrick Winslow Taylor, Die Grundzüge wissenschaftlicher Betriebsführung, Uebersetzt von R. Koepfer, München-Berlin 1913, S. 94.

Eine Neuerung im Dampfkesselbetrieb

Von Dipl.-Ing. Dr. W. Benedikt

Man beachtet oft in der Technik, daß die Ausgestaltung einer Erfindung sich im Laufe ihrer Fortentwicklung immer mehr vereinfacht: so war z. B. nach dem Aufkommen des Automobils die Führung eines Kraftwagens anfangs sehr von technischer Geschicklichkeit abhängig und erforderte eine genaue Kenntnis aller Einzelteile. Heute ist der Kraftwagen soweit vereinfacht, daß ein jeder ihn nach kürzester Zeit fahren kann und daß Störungen durch Ungeschicklichkeit in der Handhabung im allgemeinen als ausgeschlossen gelten können. — Andererseits bemerkt man bei technischen Vorgängen oftmals ein langes starrs Festhalten an überkommenen Methoden oder Einrichtungen; mögen auch gewisse Verbesserungen von Einzelheiten durchgeführt werden, so werden bisweilen eigentlich sehr naheliegende Gedanken lange übersehen.

So bereitet z. B. die Befestigung der Rückstände in Dampfkesseln infolge der Anhaftung von Schlacke oftmals große Schwierigkeiten. Zugleich ergibt sich durch ungenügende Luftzufuhr eine unvollständige Verbrennung und ein erheblicher Teil der Heizwärme entweicht unangenehm durch den Schornstein. Diese Heizverluste belaufen sich, wie anhand von Messungen festgestellt wurde, auf 5—30 Prozent der verneigten Heizleistung.

Um diese Verluste zu mindern, wäre ein wiederholtes Ausschladen während des Betriebes notwendig. Diese Arbeit, die durch die Feuertür hindurch vorgenommen werden muß, erfordert wegen ihrer Unzulässigkeit oftmals eine Unterbrechung des Betriebes; sie ist wegen der unentbehrlichen Hitze und der Gefahr des Einatmens von schädigen und gesundheitsgefährlichen Gasen, namentlich in den engen Schiffsraumen, so schwierig, daß die Leute mit dem Verzicht darauf zufrieden sind, solange es eben möglich ist.

falls beim Neustädter Eisenwerk Duisburg hergestellt — geschaffen worden.

Seine Drehteile führen auf einen leichten Kasten mit der Feuerstange unter der Wirkung der Gewichtverteilung eine gleichmäßige Bewegung aus; hierdurch wird die Ausschladöffnung vollständig freigegeben. Da sich die Vorrichtung in Form und Größe jeder Anlage anpassen läßt, kann sie in jede Feuerung eingesetzt werden; man entfernt eine Anzahl Manroststäbe und legt an ihre Stelle den Drehtrost unter Beibehaltung von Steg-, Spaltbreite und Profil auf die vorhandenen Rostträger ohne jede Umgestaltung oder Montage auf.

Nachdem nunmehr das Ausschladen mit Leichtigkeit durch kurze Griffe in wenigen Minuten vor sich geht, hat der Heizer keinen Anlaß mehr, mit dem Abräumen zurückzuhalten, sondern er wird sein Feuer reinigen, so oft es das Interesse einer guten Feuerhaltung erfordert. Dabei ist die Rostfläche vollkommen überflüssig; anstelle des wahllosen Abräumens schiebt der Heizer im eigenen Interesse die lebende Feuerstätte nach vorn, der Rohrwand zu oder seitlich nach rechts und links und stößt nur die ausgebrannte Schlacke in den Hefenfall hinab. Zugleich kommt der Wärmeverlust der ausgebrannten Schlacken im Hefenraum der zu strömenden Luft als Vorwärmung zugute. Abgesehen von der leichteren Arbeit und der Schonung der Gesundheit der Heizer, welche die Gase aus den Schlackenmassen nicht mehr einzuatmen brauchen, wird die Hitze dem Kessel durch das bisher nötige lange Offenhalten der Feuertür während der Entfernung der Schlacke nicht mehr entzogen. Der Dampfdruck bleibt nahezu unverändert hoch, und es wird wesentlich an Brennmaterial gespart.

Durch vergleichende Versuche sind diese Verbesserungen ziffermäßig nachgewiesen worden. Außer allen Erleichterungen werden durch die wirtschaftliche Feuerhaltung rund 10 Prozent Brennstoffe erspart. So führt eine verhältnismäßig sehr einfache Verbesserung des seit über 100 Jahren bestehenden Dampfkesselbetriebes bedeutende Vorteile in wirtschaftlicher und praktischer Hinsicht herbei.

Kein Verband

ohne Beitrag. Ohne Verband keine Besserung der Löhne und Arbeitsverhältnisse, keine Tarifverträge, kein Urlaub, keine Gleichberechtigung. Dem Unternehmerkaptal muß du dein Verbandskapital entgegenstellen, wenn du siegen willst. Um deine Forderungen durchzusetzen, sind die erhöhten Beiträge notwendig. Hast du die neuen Beiträge pünktlich und in der richtigen Klasse gezahlt?

Die deutsche „wissenschaftliche Betriebsführung“ ist deshalb andere Wege gegangen. Während die Taylor-Schule sich nicht um Ermüdungserscheinungen kümmerte und mit Betriebsstatistik und Verkaufsversuchen auszukommen strebte, hat der deutsche Nach-Taylorismus auf die psychologischen Ermüdungserscheinungen in den Betrieben nachdrücklichsten Wert gelegt. Den Unternehmer interessiert hieran in erster Linie die Steigerung des Leistungsgrades mit Hilfe der psychologischen Leistungsproben. Den Arbeiter interessiert vor allem, ob er bei einer bestimmten Arbeitsart und Arbeitsdauer nicht vorzeitig abgemüdet und dann zum alten Eisen geworfen wird. Hierüber soll durch die Methoden der deutschen Psychotechnik Klarheit geschaffen werden. Die Leistungsprobe zeigt, ob die Schmecklichtigkeit, die Handgeschicklichkeit und Aufmerksamkeit sich längere Zeit auf der gleichen Höhe halten läßt oder ob sie sich allmählich verschlechtert. Der Arzt überprüft die Feststellungen des Psychotechnikers in bezug auf die Beanspruchung der psychischen Kräfte und des Zentralnervensystems. Durch die spezielle Funktionsprobe läßt sich der Grund der Ermüdung ermitteln, es läßt sich konstatieren, ob und warum die Wahrnehmung der Geräte oder des zu bearbeitenden Stoffes sich trübt, ob die Aufmerksamkeit nach Ablauf einer bestimmten Arbeitszeit erloscht, ob die Bewegungen nach und nach nicht mehr zweckmäßig ausgeführt werden usw. Auf diese Weise wird eine sachliche und objektive Grundlage geschaffen für die Beurteilung der Anforderungen an den Arbeiter, bei der der Leistungsgrad seiner Kräfte in Beziehung gesetzt wird zu den Lohn- und Ernährungsverhältnissen.

Gegen diese Form der wissenschaftlichen Betriebsführung kann auch von Arbeiterseite nichts erinnert werden. Die Gewerkschaften haben sich deshalb nach anfänglichem Widerstreben von den günstigen Einflüssen der Psychotechnik auf die Erhöhung der Arbeitsfreude überzeugt, nicht nur in Hinblick auf die Erhaltung der Arbeiter an die Arbeiten in den Betrieben selbst. Die Arbeiter haben erkannt, daß eine Prüfung, ob der Arm stark genug, das Auge scharfsichtig, das Ohr feinhörig genug ist, keinen Menschen demütigen oder kränken kann. Sie haben sich überzeugt, daß die exakte Feststellung des Zeitverbrauchs und des Kraftverbrauchs geeignet ist, den geringsten Kraftverbrauch bei gleichzeitiger höchster Genauigkeit der Leistung zu ermitteln und damit die Besserung der Arbeitsbedingungen in hygienischem, sozialem und kulturellem Betracht zu verbinden mit der Erhöhung und Leistungsfähigkeit des Betriebes.

Es wäre jedoch zu wünschen, daß die Resultate der deutschen Psychotechnik von einem unparteiischen Gremium auf ihre Wertbarkeit für die Praxis wie auf ihre sozialpolitische Tragbarkeit hin geprüft und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht würden. Hierfür lehnen uns — lebte er noch — der Ausschuss für wissenschaftliche Betriebsführung beim Reichsarbeitsministerium, der aus bedauerlichen Umständen schon vor Jahren entlassen ist, die geeignete Stelle sei. Alle anderen Stellen, die sich mit arbeitspsychologischen Fragen befassen, insbesondere das Reichsarbeitsministerium für wissenschaftliche Fertigung, sind zu sehr einseitig produktionspolitisch orientiert, um den sozialpolitischen Einschlag der Frage bei allem guten Willen stets zureichend Rechnung tragen zu können. Auch müßten die Gewerkschaftsbeamten mehr, als dies unseres Wissens bisher geschieht, über die Theorie und Praxis der Psychotechnik unterrichtet werden, um so gegebenenfalls bei einem Mißbrauch dieser Methoden mit ihrem Veto zur Hand zu sein.

Die sozialen Wahlen

Die Wahl der Versicherungsvertreter zum Ausschuss der Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz erfolgte bekanntlich am 14. Dezember 1924; wahlberechtigt waren hierbei die Vorstandsmitglieder der Krankenkassen.

Der Wahlvorstand hat nunmehr das Ergebnis dieser Wahlen festgestellt. Hiernach haben insgesamt 3428 Vorstandsmitglieder (davon aus den Regierungsbezirken: Düsseldorf 2075, Aachen 322, Köln 652, Koblenz 278, Trier 43, Hohenzollern-Sigmaringen 59) ihr Wahlrecht ausgeübt. Diese haben eine Stimmen-(Versicherten)-Zahl von insgesamt 1 463 900 vertreten.

Es entfielen hierauf:

Liste 1 (Christliche Gewerkschaften)	613 740
2 (Freie Gewerkschaften)	780 810
3 (Kämpel, Osterreich)	6 391
4 (Roth, Remscheid)	52 383
5 (Dertum, Köln)	1 156
6 (Haas, Hohenzollern)	8 949
7 (Seep, Monchau)	—
8 (Niedelmann, Bonn-Land)	466

Danach sind gewählt:

Aus Gewerbe:

Von Liste 1: 7, von Liste 2: 10.

Zugleich wird dem sehr anstrengenden Beruf des Seizers eine wesentliche Erleichterung zuteil, sobald die Einführung dieser Erfindung auch aus sozialen Rücksichten sehr zu wünschen wäre.

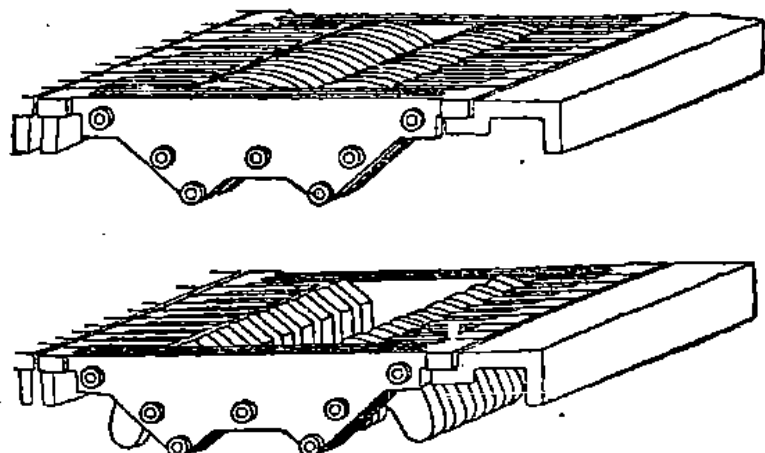


Abb. 1-2: Der Drehrost in geschlossenem und geöffnetem Zustande.

Ein Besuch in den Fordwerken

Herr Paul Jäger vom Forschungs- und Lehrinstitut für Antriebsmaschinen in Stuttgart, der im letzten Winter an der Technischen Hochschule in Stuttgart ein Kolleg über die von ihm vervollkommnete abdrückende Ölreihe Grundtriebwerke gehalten hat, hat auf einer Rundreise durch Nordamerika die betrieblernen Ford-Werke in Detroit besucht. Über die dort gewonnenen Eindrücke schreibt Herr Jäger in einem der „Heim-Blätter“ überlassen Privatbriefe folgendes. Wir geben diesen Brief wieder als Ergänzung zu den Artikeln „Produktivität, Fordismus und wissenschaftliche Betriebsführung“.

Aus der Landwirtschaft:

Von Liste 1: 1, von der Liste 2: 2; und je die gleiche Anzahl 1. und 2. Erntehelfer.

Das Ergebnis kann für die christliche Arbeiterbewegung als gut bezeichnet werden. Ihre Wähler haben fast restlos ihre Pflicht getan. Die Position der Gegenpartei war insofern für diese günstiger, als die Krankenkassenmitglieder größtenteils noch aus den Wahlen von 1920-21 stammen, bei welchen immerhin ein gewisses Revolutionsfieber den sozialistischen Einfluss verstärkte. Ein Mandat ist der Liste 1 verloren gegangen durch die Sonderlisten 3, 5, 6 und 8, deren Wähler sich vorwiegend zur christlichen Weltanschauung bekennen. Auch aus dieser Wahl mögen die Mitglieder der christlichen Arbeiterbewegung die Bedeutung der Ausschusswahlen zu den verschiedenen Pflichtenkreisen erkennen. Auf diese bauen sich alle anderen sozialen Wahlen auf.

Die Deutsche Elektrizitätswirtschaft

Die Elektrizitätswirtschaft in Deutschland hat seit dem Kriege bereits eine außerordentliche Verstärkung erfahren. Während 1913, lt. „Wirtsch. Ztg.“ vom 15. Januar, die gesamte installierte Maschinenleistung etwa 1,5 Millionen Kilowatt betrug, ist seit 1922 — fast genau verdoppelt — sie auf 3 Millionen Kilowatt gestiegen; die erzeugte Energie in Kilowattstunden ist in demselben Zeitraum von 2200 auf 7200 gestiegen, sie hat sich also verdreifacht, d. h., die Ausnutzung der Werke ist ganz außerordentlich gestiegen. Die Verwendung von Steinkohle zur Elektrizitätserzeugung in Deutschland ist von 63 Prozent auf 48 Prozent gefallen, die Verwendung von Braunkohle ist dagegen von 23 Prozent auf 41 Prozent gestiegen. Die Wasserkraft wurde im Jahre 1923 mit 9 Prozent zur Elektrizitätserzeugung herangezogen. Bei den Wasserkräften liegt die Ausnutzung naturgemäß ganz anders als bei der Verwendung von Stein- und Braunkohle zur Elektrizitätserzeugung. Die zu gewinnende Energie wechelt mit dem Wasserfluss, d. h. mit den Jahreszeiten: Im Hochgebirge, z. B. in Bayern an der Alz hat man in den sechs Wintermonaten nur etwa die Hälfte der Kraft zur Verfügung wie im Sommer (während im Winter der Bedarf infolge der vermehrten Beleuchtung höher ist). Daher erscheint ein wirtschaftlicher Aufbau nur in Verbindung mit großen Dampferwerken möglich. Unter diesem Gesichtswinkel kommt der Verbindung der in Bayern, Thüringen, im Harz usw. anfallenden Wasserkräfte mit der großen Dampfkraftwerken in West- und Mitteldeutschland eine außerordentliche volkswirtschaftliche Bedeutung zu. Sie wird in nächster Zukunft durch eine 200 000 Volt-Übertragung sichergestellt werden; zunächst wird man den bedeutungsvollen Schritt tun und die Braunkohle Mitteldeutschlands mit der Wasserkraft Bayerns durch eine Leitung für 100 000 Volt zwischen Herlasgrün bei Wlaren im Vogellande — so weit reicht heute schon das große mitteldeutsche Netz — und Hof in Bayern in Verbindung bringen. Eine Verbindung zwischen dem bayerischen Hochspannungsnetz und dem württembergischen Netz zwischen München und Stuttgart ist ebenfalls im Bau und eine solche zwischen Württemberg und Baden geplant. Im Westen wird wohl ein gleicher Plan zur Ausführung kommen, wenn die großen Wasserkräfte im Oberreintal ausgebaut werden, Gelingt es auch, die geplanten Talsperren im Harz zu finanzieren, so wird eine weitere große West-Ost-Verbindung zwischen Westfalen und Mitteldeutschland ermöglicht, derart, daß die Länder in einem gewaltigen Dreieck von 200 000 Voltnetz überlagert werden, das die größten Wärme- und Wasserkräfte unmittelbar zur gegenseitigen Unterstützung vereinigt.

Schlägt man nun um die drei Mittelpunkte: westlicher Braunkohlenbezirk (Goldbergwerk), mitteldeutscher Braunkohlenbezirk (Golsa, Lania, Tralendorf) und die süddeutschen Wasserkräfte einen Kreis mit 300 Km. Radius, der etwa der wirtschaftlich möglichen Übertragung mit 200 000 Volt entspricht, so ergibt sich, daß damit so ziemlich das gesamte Deutsche Reich mit Ausnahme seiner östlichen und nördlichen Teile gedeckt wird.

Was insbesondere Mitteldeutschland anlangt, so bestehen hier zusammen mit den genannten Großkraftwerken über 100 Ueberlandzentralen, die über 800 Millionen Kilowattstunden übermitteln, dies Gebiet erscheint mithin als der am besten mit Elektrizität versorgte Teil Deutschlands. Die Großversorgung könnte natürlich erst durch eine großzügige Zusammenfassung der vielen Einzelunternehmungen erreicht werden, die teilweise schon durchgeführt, teilweise in die Wege geleitet ist. So ist das größte Netz des Freistaats Sachsen mit der Provinz Sachsen und großen Teilen der benachbarten Provinzen bereits zu einem technisch einheitlich disponierten Ganzen verbunden. Ein großer Teil der Werke sind sogen. Sechsenkraftwerke, die in erster Linie zur Deckung des eigenen Bedarfs der Braunkohlengruben errichtet wurden und dann dazu übergingen, den Ueberstrom in das öffentliche Netz zu liefern. In Thüringen ist die Zusammenfassung durch die Gründung des Thüringerwerkes eingeleitet; in Hessen-Rassel bestehen durch eine sehr glückliche Verbindung von Wasserkraftwerken (Hemfurth, Oberalfperre

usw.) mit dem auf der Braunkohle erbauten Kraftwert Borken besonders günstige Bedingungen. Im Freistaat Sachsen wird dem einseitlichen und planlosen Ausbau der Landeswasserkräfte unter der Leitung der staatlichen Wasserbauverwaltung lebhaftes Interesse entgegengebracht; es werden zurzeit Wasserkraftanlagen gebaut in der vereinigten Mulde bei Wurzen, in der Zwickauer Mulde bei Waldenburg, an der Freiburger Mulde bei Klosterbuch, am Schwarzwasser bei Aue und in der wilden Weißeritz bei Tharandt. Für diese Arbeiten sind zunächst rund 4 Millionen Goldmark im außerordentlichen Staatshaushaltplan für 1924 angefordert worden.

Auch Baden verfügt über bedeutende Wasserkräfte zur Gewinnung von elektrischer Energie; sie liegen im Rheintal zwischen Konstanz und Basel, in den Nebenflüssen des Rheins und im Neckar. Bis jetzt ist nur ein geringer Teil dieser Kräfte zur Erzeugung von Energie nutzbar gemacht worden. Der Ausbau der höchsten Wasserkräfte wird in der Hauptsache vom Badenwerk betrieben, einer Aktiengesellschaft, deren Anteile sich ganz in den Händen des Staates befinden. Im letzten Jahre sind fast 100 Millionen Kilowattstunden an die Verbraucher geliefert worden, und zwar hauptsächlich durch das Wurzwerk bei Forbach im Wurzthal, das zurzeit erweitert wird; ein gewaltiges Staubecken ist im Bau. Das neue Werk ist das Schluchsewerk im südl. Schwarzwald in der Nähe von St. Blasien im Bau. Im Ausbau der Oberreintal zwischen Basel und Konstanz hat auch die Schweiz ein großes Interesse.

So ist denn zu erwarten, daß die in Deutschland vorhandenen Wasserkräfte nach und nach ausgebaut werden. Im allgemeinen liegen ja die Verhältnisse für Deutschland nicht allzu günstig, weil ihm nur verhältnismäßig unbedeutende Wasserkräfte zur Verfügung stehen. Eine Schätzung der Wasserkräfte ist allerdings äußerst schwierig, denn es ist zu berücksichtigen, daß die Ausnutzung der „weißen Kohle“ vor allem auch von technischen Fortschritten abhängt, an denen es ja in Deutschland nicht fehlt. Man schätze die vorhandenen und ausgenutzten Wasserkräfte im Jahre 1923 wie folgt:

Ver. Staaten von Amerika	in PS	in KW	in %
Rußland	26 736 000	4 100 000	15%
Kanada	20 000 000	1 400 000	5%
Schweden-Norwegen	18 000 000	1 000 000	8%
Deutschland	17 500 000	2 400 000	14%
England	1 500 000	450 000	28%
	1 000 000	100 000	10%

Wird der Ausbau der ausbaufähigen Wasserkräfte Deutschlands planmäßig und nach einheitlichen Grundrissen durchgeführt und ein planvolles Zusammenarbeiten von Kohlen- und Wasserkräften erzielt, so werden damit bedeutende allgemeine volkswirtschaftliche Werke geschaffen, die eine Verzinsung und Tilgung der aufgewendeten Geldmittel gewährleisten und eine dauernde Beschäftigung des Staates der Kreise und Gemeinden vermeiden.

Soziale Belastung der deutschen Wirtschaft

Das Reichsarbeitsministerium hat nunmehr seine Erhebungen über die gegenwärtige Belastung der Wirtschaft aus den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung und aus der Erwerbslosenfürsorge dadurch abgeschlossen, daß es auch die Kosten der knappschaftlichen Pensionsversicherung ermittelt hat. Die Ergebnisse werden in der bevorstehenden Nr. 2 des „Reichsarbeitsblattes“ veröffentlicht. Wie über die übrigen sozialen Lasten, sind auch über die knappschaftliche Versicherung irrtümliche, zum Teil die Wahrheit um ein Mehrfaches übertreffende Nachrichten verbreitet worden, insbesondere dadurch, daß die Verbreiter immer wieder unzutreffenderweise die hohen Beiträge zur Knappschaft auch auf die übrigen Bergrentiere übertragen, in denen die Beiträge aber ganz ungleich niedriger sind. Tatsächlich haben im Jahre 1924 die Gesamtausgaben für die Pensionen der Bergleute sämtlicher Rentiere zusammen höchstens 86 Millionen Reichsmark betragen. Im Voranschlag für 1925 ist die Ausgabe für die Rücklagen vorbestimmt. Nach dem gegenwärtigen Stand ist also, da die Rücklage nicht ohne weiteres in vollem Umfang den gegenwärtig laufenden Ausgaben gleichgestellt werden kann, mit einer Jahresbelastung von rund 100 Millionen aus der knappschaftlichen Pensionsversicherung zu rechnen.

Das „Reichsarbeitsblatt“ setzt sich im übrigen noch ausführlich mit verschiedenen Einwendungen und Kritiken auseinander, die gegenüber seiner früheren Zusammenstellung in Nr. 24 vom 8. November 1924 erhoben worden waren. Es führt den Nachweis, daß die damals von amtlicher Seite aufgestellten Ziffern zutreffend sind und daß in der Zwischenzeit stellenweise sogar ein weiterer Abbau der Krankenkassenbeiträge stattgefunden hat. Diese Ziffern haben für die Krankenkassenversicherung 750 Millionen, für die Invalidenversicherung 330 Millionen, für die Unfallversicherung 110 Millionen für die Unfallversicherung 100 Millionen und für die Erwerbs-

schaffen steigt. Nach dem Verlassen dieser Defen bleibt der Wagenkasten dann wieder solange unbewegt, damit er langsam abkühlt, bevor ein weiterer Farbauftrag erfolgt. Wir haben Einrichtungen, bei denen die roten Eisenbleche in eine Transportanlage eingehängt wurden, die sich aufwärts und abwärts bewegen, die Teile in Farbe taucht, dann wieder trocknen läßt, wieder taucht und wieder trocknet und so fort, bis zu ihrer Vollendung, so daß die an dem einen Ende eingehängten Teile nach längerer Wanderung am anderen Ende fertig herauskommen. Dabei werden von außen die Temperaturen der Trockenräume und Farben ständig genau beobachtet. Die fertig herauskommenden Teile werden sorgfältig durchgesehen, und wo sich irgendwelcher Tadel findet, werden die Stücke zur Nachbearbeitung zurückgelegt.

Bei dieser vielbeschäftigten Anlage und in einem Betriebe, in welchem die Gedanken von Tausenden und Abertausenden darauf gerichtet sind, zu verbessern, zu vereinfachen und ohne Beeinträchtigung des Endproduktes an Zeit, Arbeit und Material zu sparen, bedarf es natürlich der vollsten Aufmerksamkeit und angelegentlichster Arbeit, um Möglichkeiten weiterer Verbesserungen zu ergründen. Es mag verraten werden, daß einige solche Möglichkeiten herausgefunden werden konnten, über deren praktische Auswirkung sich dann vielleicht später einmal berichten läßt.

Am interessantesten wohl für jeden Besucher ist es, zu sehen, wie die fertigen Waren herauskommen. In endloser Reihe kommen die Chassis heran, die Karosserien haben schon in Blechgehäusen, um aufgesetzt zu werden, ein Rad, die Karosserie ist und schon haben die Arbeiter auf Holzschuhen unter die Räder, um das Festhalten zu betreiben. Etwas weiter besteht der Fahrer den Wagen und unmittelbar darauf beginnt die Probefahrt.

Nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Betrieb war es, der sich vor unseren Augen abrollte. Von der Größe des ganzen Betriebes mag die Tatsache eine Vorstellung geben, daß die Ford-Werke zurzeit täglich 8-10 000 Wagen, also bei achttündiger Arbeitszeit alle 8 Stunden einen Wagen erzeugen.

Du weißt in welche Beitragsklasse du gehörst. Kontrolliere es selbst ob du die richtigen Marken klebst. Sie tragen die Bezeichnung der Klasse. Dein Anrecht auf jedwede Unterstützung hängt von der Zahlung deines Beitrags in der richtigen Klasse ab.

lofenfürsorge 220 Millionen betragen. Rechnet man noch die oben ermittelten 100 Millionen der knappschaftlichen Pensionsversicherung hinzu, so ergibt sich eine gesamte soziale Belastung der Wirtschaft in Höhe von 1610 Millionen Reichsmark jährlich, wovon 880 Millionen auf die Arbeitnehmer und 730 Millionen auf die Arbeitgeber fallen. Das Reichsarbeitsblatt schließt mit der Erwartung, daß Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Organe der amtlichen Sozialpolitik immer enger dahin zusammenwirken, daß aus der bezeichneten Summe der größte soziale und wirtschaftliche Nutzen durch möglichst wirtschaftliche Gestaltung aller Einrichtungen und durch mögliche Verminderung der Verwaltungskosten gewonnen werde.

Diese erneute Darlegung des Reichsarbeitsministeriums ist ein erneuter sprechender Beweis für den Wert so mancher Verabredung. Die Industrie hatte bekanntlich nach der ersten Veröffentlichung des Reichsarbeitsministeriums die ganze Presse in Bewegung gesetzt, um deren Unrichtigkeit zu beweisen. Sie muß sich nun erneut sagen lassen, daß sie unecht hat.

Verbandsgebiet

Möhen. Am Sonntag, dem 11. Januar hielt der Christliche Metallarbeiterverband im Kettlerhaus seine Jahresversammlung ab. Mit Recht konnte man diese eine Massenversammlung nennen, denn der Saal war überfüllt. Vorsitzender, Kollege Waldmann, empfing den Anwesenden den Willkommensgruß, wünschte der Versammlung besten Erfolg und erteilte dem Kollegen Rüber das Wort. Kollege Rüber gab sodann die vielen eingegangenen Neujahrsglückwünsche u. a. auch den Herrn Landrats Jenner von Jernberg und unseres allberechtigten Zentralvorsitzenden Wieder bekannt. In dem in zweifachem Vortrag gegebenen Jahresbericht spiegelte sich die geleistete Verbandsarbeit, der einseitige Wille und die klare grundsätzliche Auffassung über die Bewegung wieder. Der Bericht zeugte von dem weitesten Fortschritt des Verbandes und dem Aufstieg des Arbeiterstandes. Am Schluß seiner Ausführungen dankte Referent allen Mitgliedern, besonders den wackeren, zielbewußten Vorstands- und Vertrauensmännern und den Betriebsräten für ihre treue Mitarbeit im vergangenen Jahre und sprach die Hoffnung aus, daß sie auch in diesem Jahre mit derselben zielbewußten Energie und Geschlossenheit die so notwendige ständige und geistige Hebung des Arbeiterstandes erstreben würden. In der anschließenden lebhaften Aussprache wurde der Leistung der Ortsverwaltung für ihre emsige und erfolgreiche Arbeit im Interesse der Arbeiterklasse gedankt. Es wurde dabei besonders hervorgehoben, daß die erzielten Erfolge nicht durch Phrasen und Redaktionsmühen, sondern durch sachliche aber entschlossene Arbeit erzielt wurden. Besonders eindrucksvoll wurde von vielen Kollegen die Notwendigkeit intensiver Werksarbeit betont. Anschließend an die Aussprache fand sodann die Vorstandswahl statt, die folgendes Ergebnis hatte: 1. Vorsitzender: Hermann Waldmann; 2. Vorsitzender: Altmens Jling; 1. Schriftführer: Heinrich Baiken; 2. Schriftführer: Franz Hülsmann; Kassierer: Bernhard Leimeier; Beisitzer: Anton Wobbas, Gerhard Meyer, Johann Leuer, Josef Kallner, Theodor Stenemeier, Peter Brüllgenies, Bernhard Bollmer, Josef Paule und Philipp Kofertemper. Hoffentlich tun nun alle Kollegen ihre Pflicht. Wenn das geschieht und sich noch mehr Kollegen zur Mitarbeit zur Verfügung stellen, dann wird auch das Jahr 1925 ein Jahr des Fortschritts für die Arbeiter sein.

Beim 12. Januar. Unsere Generalversammlung am 12. Januar wurde von Kollegen Drees geleitet. Zunächst beschloß man sich mit den Neuwahlen der Vorstandsmitglieder. Erster und zweiter Vorsitzender wurden die Kollegen S. Wöhne und S. Heese, 1. und 2. Kassierer A. Mertens und S. Heising, 1. und 2. Schriftführer W. Hohnehorst und A. Wimmelsböcker. Zu Kartelldelegierten wählte man die Kollegen Heising, Mertens, Hohnehorst und Heese, sodann ihre Zahl mit Einschluß der Kollegen Wöhne und Drees 6 betrug. In die Ortsverwaltung Möhen wurden als Vertreter entsandt die Kollegen Wöhne und Mertens. Nach getätigter Wahl über die Kollegen Wöhne und Mertens über die letzte Kartellversammlung und über die Kassenverhältnisse im vergangenen Geschäftsjahr. Anschließend gab Kollege Drees ein ausführliches Bild von der Tätigkeit und der geleisteten Arbeit der Ortsverwaltung im vergangenen Jahre. An Meldungen des Jahres 1924 gegenüber dem Jahre 1923 erreichte er für Facharbeiter 89 Prozent, für angelernte Arbeiter 84 Prozent und für ungelernete Arbeiter 78 Prozent, für Gehilfen 155 Prozent und an Renten- und Hausgeld 200 Prozent für Bedum. Er stellte fest, daß also auf dem Gebiete der Lohnbewegung sicherlich hervorragendes geleistet worden sei. Durchschnittlich seien die Löhne im Jahre 1924 um 80-100 Prozent erhöht worden. Im Umfang des abgelaufenen Jahres hätten die Arbeitgeber beachtlich, die Löhne auf zwei Drittel des Friedenslohnes zu begrenzen. Dieser Plan sei jedoch vom Christlichen Metallarbeiterverband verhindert worden. Im Gegenteil sei eine ständige Besserung der Lohnlage erreicht worden. Der im Laufe des Sommers angekündigte Lohnabbau sei ebenfalls erfolgreich abgewehrt worden. Weiter betonte Kollege Drees, daß hundert von Mitgliedern durch das energische Eingreifen des Verbandes vor Entlassungen geschützt worden seien. Hunderten von Mitgliedern seien mündliche und schriftliche Auskünfte und Hilfe in Steuer-, Erbschafts- und Mietfachen, Kriegsfürsorge, Sozialversicherungsangelegenheiten, Arbeitsschutz und Arbeiterrecht erteilt worden. Auch habe man viele Mitglieder vor verschiedenen Gerichtsinstanzen vertreten. Auch für die Erwerbslosen, Kranken und Arbeitslosen sei der Verband in verschiedenen Jahren unermüdlich tätig gewesen. So habe er über 3000 Brote, über 500 Liter Milch, große Mengen an Fleisch, Speck, Butter und anderen Bedarfsartikeln zur Verteilung gebracht, worauf der Christliche Metallarbeiterverband besonders stolz sein könne. Er gedachte weiter der geleisteten Frauenarbeit und des Erfolges, daß die Unterrichtsstunden in die Arbeitszeit fallen und der Samstagvormittag für die Jugendlichen frei bleibt. Als besonderen Erfolg stellte er die eingetretene Lohnsteigerung dar, die einer Lohnhöhe von 100 Prozent heraus. Heimtückend stellte Kollege Drees zum Schluß fest, daß die wirtschaftliche Lage innerhalb des Verbandsgebietes nicht unerheblich verbessert habe und daß es gelungen sei, die Absichten der kriegsmacherischen Regierung für den deutschen Arbeiterstand zu durchkreuzen. Wenn dies aber erreicht werden soll, wenn der Tarifvertrag in der Metallindustrie seine und die Arbeiterzeit, die Lohnfrage, die Vermittlung von Feiern, der Urlaub geregelt sei, so seien diese Erfolge nur der Organisation zu danken. Er schloß mit der Mahnung, treu am Verband zu halten und ihn willig durch pünktliche Beitragszahlung und Mitarbeit zu unterstützen und zu fördern.

Gefahr. Bei dem Bestreben so vieler Arbeitgeber, den Gewerkschaften den Garaus zu machen, sich von dem Tarifvertrag zu befreien und wieder das „alte schöne“ Verhältnis herzustellen, wie es vor dem Kriege war, so nur nach „Leistung“ (?) bezahlt wurde, möchte auch das Stahlwerk Altmeyer (Gefesse) nicht fehlen. Besonders scheinen dem derzeitigen Direktor des Werkes die Gewerkschaften ein Grenz zu sein. Diese Abneigung scheint bei ihm noch dadurch gesteigert worden zu sein, daß er mit seinen Plänen, u. a.

bei der Verlängerung der Arbeitszeit nicht durchdrang. Er bewies uns bei dieser Gelegenheit klipp und klar, daß sich nur bei einer 60stündigen Arbeitswoche der Betrieb halten lasse. — Als dann im November von uns eine Lohnforderung gestellt wurde, schien der Augenblick zur Ausschaltung der Gewerkschaften gekommen zu sein. Kaum war die Forderung eingelaufen, als man auch schon die Betriebsstilllegung nachschickte. Mit Rücksicht hierauf wurde dann am Schlichtungsausschuß die Verhandlung verlagert. Die Firma schloß dann den Betrieb, der noch 110 Arbeiter hatte, entließ sämtliche Leute und gab dann durch Anschlag rund 40 Namen bekannt, die mit einjähriger Kündigung wieder arbeiten konnten. Nach und nach noch unter denselben Bedingungen etwa 30 Mann wieder angefangen. — Die Firma ging jetzt dazu über, ihre Absichten zur Ausführung zu bringen. Der von der Firma wieder anerkannte Betriebsrat wurde bearbeitet, einer neuen Arbeitsordnung zuzustimmen, was das Wort „Tarifvertrag“ durch „freie Lohnvereinbarung“ ersetzt wurde. Sie erklärte, unter keinen Umständen einen Tarifvertrag wieder anzuerkennen, die Löhne müßten besser den Leistungen angepaßt werden. Eine nennenswerte Lohnliste mit neuen Löhnen wurde aufgestellt; die Erhöhungen waren sehr unterschiedlich. Die Arbeiterklasse wurde aufgefordert, die Arbeitsordnung sowie die neue Lohnvereinbarung durch Unterschrift anzuerkennen, andernfalls man sich als entlassen zu betrachten hätte. Eine Betriebsversammlung am 6. Januar beschloß, die Unterschrift nicht zu geben. Trotzdem ließ sich eine ganze Anzahl Kollegen am anderen Tage beschwächen, ihre Unterschrift zu geben. Das es meistens solche waren, die seit einiger Zeit die Beiträge gespart hatten und daß bei diesem Beschwören der „freien Lohnvereinbarung“ die Söhne des betr. Meisters eine nicht unwesentliche Rolle spielten, sei nebenbei erwähnt. Diejenigen Kollegen, die nicht unterschrieben, wurden entlassen. Durch unser sofortiges Eingreifen gegen am anderen Tage sämtliche Kollegen ihre Unterschrift zurück. Wenn auch die Firma erklärte, daß die Zurücknahme der Unterschrift nicht möglich sei, und nur gekündigt werden könnte, so mag ihr doch wohl ein Zweifel über den vollen Erfolg ihres Angriffes aufgestiegen sein. Man schickte die Belegschaft nicht nach Hause, was man ja in Konsequenz ihres Anschlages hätte tun müssen. Als dann die Einladung zur Schlichtungsverhandlung zum 12. Januar kam und der Arbeitgeberverband der Firma höchstwahrscheinlich die Belegschaft gegeben hatte, daß wenn es Wille der Belegschaft sei, an dem Tage eine tarifliche Abmachung am Schlichtungsausschuß erfolgen würde, gab die Firma das Spiel verloren. Sie erklärte uns, daß sie bereit sei, den alten Zustand betr. Arbeitsordnung, Tarifvertrag usw. wieder anzuerkennen, die entlassenen Leute wieder einzustellen, die neue Lohnvereinbarung zurückzunehmen und den jetzt bestehenden Tariflohn von 50 auf 54 Pfg. zu erhöhen. Der Gang zum Schlichtungs-

ausschuß wurde dadurch überflüssig. — Betr. der Belegschaft der Ausfalligkeiten der Entlassenen, will sich die Firma ihre unrichtige Stellung erst nach dem Gewerbegericht bestätigen lassen. Im übrigen ist das alte Verhältnis wieder hergestellt. Die Belegschaft hat es in der Hand, ob es so bleiben soll. Der letzte Vorgang hat gezeigt, was die organisierte Arbeiterklasse nermag und was die Firma im Schilde führt. Möge es den Kollegen zur Warnung dienen.

Kanten. Am Sonntag, dem 18. Januar 1925 tagte in Kanten eine gut besuchte Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle. Dieselbe besaßte sich in längeren, ernsten Beratungen mit der wirtschaftlichen Lage und den Arbeitsverhältnissen der Kanten Metallarbeiter. Man sprach über die Mängel der Lohnvereinbarung zum Durchbruch, daß die jetzt erzielten Löhne ungenügend seien und an den sonstigen Arbeitsverhältnissen noch außerordentlich viel zu besten ist.

Scharf kam auch der Unmut der Kollegen über den Ausbruch, daß es in den Reihen der Kanten Arbeiterklasse, so auch im „Stanz und Emailierwerk Kanten“ heute noch Arbeiter gibt, die der Organisation fernstehen. Es wurde festgestellt, daß gerade dieses Verhalten eines der größten Hindernisse ist, das sich unserem Aufstieg entgegenstellt. Die Versammlung beschloß, nachstehende einstimmig angenommene Entschließung allen in Frage kommenden Arbeitkollegen bekannt zu geben.

Entschließung

Die Mitgliederversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes, Ortsverwaltung Kanten, stellt fest, daß die hiesigen Löhne unzureichend sind und auch die sonstigen Arbeitsverhältnisse vieles zu wünschen übrig lassen. Sie steht fernerhin auf dem Standpunkt, daß die in Frage kommende Industrie in der Lage ist, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu gewähren. Daß das nicht geschieht, ist Beweis dafür, daß die Arbeiterklasse ohne vollständigen gewerkschaftlichen Zusammenschluß nicht zu ihrem Recht kommt. Die Versammlung fordert die Organisationsleitung auf, erst dann eine neue Lohnbewegung einzuleiten, bis auch der letzte Kanten Metallarbeiter organisiert ist und in seiner Organisation Anrecht auf Streikunterstützung hat.

Kollegen! Es liegt jetzt an euch, unverzüglich dafür zu sorgen, daß in der kürzesten Frist in eurer Umgebung kein unorganisierter mehr ist.

Bekanntmachung

Sonntag, 1. Februar ist der 6. Wochenbeitrag fällig.

Individualismus und Sozialgefinnung

Der bekannte Industrieführer Dr. Karl Friedrich v. Siemens hat am 12. Dezember v. J. vor dem Bunde der Freunde der Technischen Hochschule zu München einen Vortrag gehalten über „Individualismus, die Grundlage des wirtschaftlichen Fortschritts“. Die Erörterung der Naturkräfte und deren Ausbarmachung für die Menschheit ist das Werk des forschenden und schaffenden Geistes, ist Großtat Einzelner, ist also Individualismus, der als Grundlage des Fortschritts bezeichnet werden muß. Pflege der individuellen Veranlagung, das Herausheben und Verwerten geeigneter Kräfte ist für die deutsche Wirtschaft, die in außerordentlich schweren Verhältnissen kämpft, notwendiges Erfordernis. Das ist kurz der Inhalt des Vortrages, dem man an sich unbedingt zustimmen kann, umsonst, als Herr v. S. hervorhebt, daß er nicht für doktrinen Individualismus sei und nicht dessen Auswüchsen, der Überbreitung der Grenze des Guten zum Unguten das Wort rede. Er vertritt die Unterstützung des gesunden Egoismus, der sich auch äußern müsse, daß

„wir Industrielle bestrebt sind, dafür zu sorgen, demjenigen, der sich anstrengt, der bessere Leistungen zustande bringt, einen materiellen Ausgleich zu sichern. Gegen dieses Gesetz ist in der Zivilisationszeit auf das Schmerzlichste verstoßen worden. In der Arbeiterklasse ist ein großes Mißtrauen vorhanden, daß höhere Leistungen einzelner nur benutzt werden zum Herunterziehen der Entlohnung der Durchschnittsleistung. Ich will auf die Fragen der Entlohnung hier nicht eingehen, ich will nur darauf hinweisen, daß wir individuell höhere Leistungen nur dann erzielen können, wenn wir auch das Vertrauen schaffen, daß sie dauernd als solche wirtschaftlich bewertet werden.“

Soweit Herr v. Siemens. Er hat hier den Finger mit begriffenswerter Offenheit auf eine hohe Waande gelegt. In weiten Unternehmerrreisen hat man sich daran gewöhnt, die Gewerkschaften als Hort dieser Gleichmacherei zu bezeichnen und sie der Unterbrechung jedes gesunden Individualstrebens zu beschuldigen. Herr v. S. deutet hier im Gegensatz zu solchen Stimmen offen ein Verlangen des Unternehmerrums an. Und ein solches liegt zweifellos vor. So haben vor einiger Zeit die Unternehmer der Siegerländer Hütten- und Walzwerksindustrie die höhere Leistung ihrer Arbeiter „belohnt“ mit „Affordobenzahlung“. So ist es in sehr vielen anderen Fällen. Es sei nur auf die Tarifgestaltung hingewiesen. Nach der vernünftigen Ansicht der christlichen Gewerkschaften sollten die Tarifverträge in der Lohnfrage Sicherung von Mindestlöhnen bedeuten. Jeder Unternehmer hatte das Recht und die Freiheit, für besonders tüchtige Leistungen auch über den tariflich festgelegten Lohn hinaus zu gehen. Die besonders in der Vergangenheit oft gebräuchte Ausrede: Der Tarif läßt das nicht zu, war zu sehr Verlegenheitsprodukt, um ernst genommen werden zu können. Wenn die Unternehmer der Kampf führten gegen den „Schematismus des Lohnsatzes“, dann haben sie ihr eigenes Streben verneinert, welches aus natürlichen, individuell empfindbaren Mindestlöhnen nicht überhöhrbare Maximalhöhen zu machen versuchte. Wenn es in dieser Hinsicht auch etwas besser geworden ist, so wirkt auch heute noch das Drängen einflussreicher Unternehmerrreise nach Schaffung von großen, einheitlichen Tarifverträgen schematisierend und muß zu der Gleichmacherei führen.

Nicht allein diese unrichtige Haltung weiler Unternehmerrreise in der Afford- und Lohnfrage ist indes geeignet, höherstrebenden Individualismus in der Arbeiterklasse zu heben. Auch die fortschreitende Anspannung der Arbeit in immer kleineren Einzelheiten, oder vielmehr der Geist, mit dem dies geschieht, treibt zu dieser Witzung. Wir haben an sich nichts gegen eine Verbesserung der Betriebsorganisation und der Arbeitsmethode einzumenden. Wir wissen, daß sehr vielen Betrieben eine solche Verbesserung dringend notwendig ist. Der Geist aber, der sich vielfach bei der Handhabung der sogenannten wissenschaftlichen Betriebsführung auswirkt, ist alles andere, als geeignet, gesunden Ehrgeiz und natürliches Streben in der betroffenen Arbeiterklasse zu wecken. Sicher ist, daß die Art, wie heute häufig das „Stoppuhrsystem“ und wie die anderen können Systeme alle herben mögen, zur Anwendung gebracht wird, unter-

drückender auf das Individualstreben des Arbeiters einwirkt, wie der Umstand, daß dessen Arbeit immer mehr eine Wiederholung stets kleiner werdenden Einzelheiten wird.

Vor allen Dingen aber muß hervorgehoben werden, daß die stets weiter Unternehmerrreise bestrebt allgemeine soziale Behandlung der Arbeiter einer für unser ganzes Wirtschaftsleben so notwendigen Entfaltung des ganzen werklchen Arbeiterkönnens die größten Hindernisse bereitet. Die Unternehmer können wohl die Arbeitskraft der Arbeiter erhalten, sie ausnutzen, aber selbst schwerer Druck wird nicht den Geist der Arbeiter erzwingen können. Man kann also schließlich eine Forcierung der Menschheit herbeiführen, aber heillose nicht die Hingabe des Arbeiters an sein Werk, das Mitschwimmen seines Geistes bei der Arbeit erziehen. Das ist etwas, das stets dem König der Schöpfung, dem Menschen, eigen ist, das auch bei stärkstem Druck noch immer ein Akt der Freiwilligkeit des Menschen Arbeiter bleibt. Das ist etwas, das nur aus Arbeitsfreude entspringen kann. In der Werbung und Pflege dieses so wichtigen, eigentlich des fundamentalen Elements des werklchen Individualismus hat gerade unser deutsches Unternehmerrtum oft verlagert.

Man redet zwar heute in manchen Unternehmerrreisen davon, daß es notwendig sei, daß sich die Menschen ohne Unterschied des Standes zu gemeinsamer Arbeit finden, sich näher kommen müßten. Wir freuen uns solcher Auserkungen, aber in der Praxis sieht man in den meisten Fällen den Arbeiter eben nicht als vollwertigen Menschen an. Das Diktat der Unternehmer bei Abbau des Ruhrkampfes, der Kampf gegen jede, noch so einfache Erleichterung — den Urlaub — den man anstandslos als Selbstverständlichkeit jedem andern Stand zubilligt, der Kampf gegen jede Vertretung der Arbeiter, keine Mitwirkung bei der Gestaltung seiner Lage, von der doch seine ganze Existenz, sein Menschtum, sein Familienglück so außerordentlich abhängt, alle diese Dinge wirken nicht nur ihrer selbst willen so deprimierend auf die Arbeiterklasse ein, sondern weil sie aufgefahrt werden als Ausfluß einer Gefinnung, die einen großen, bedeutamen, werklch und geistig hochstehenden Stand gewissermaßen als Paria betrachtet. Es ist Anfang, wenn man in solchem Kampf dann die ganze Front der unternehmerrfreundlichen Presse von der „Kölnischen Zeitung“ bis herunter zur „Deutschen Bergwerks- und Hüttenzeitung“ erklären läßt, das Vorgehen richte sich nur gegen die Gewerkschaften. Ob diese Wätter nicht wissen, daß z. B. der größte Teil der deutschen Facharbeiter, auf die es doch in erster Linie ankommt, daß die Glite der deutschen Arbeiterklasse den Gewerkschaften angehört, und zwar freiwillig, aus eigener Entschlossenheit und Ueberzeugung heraus? Wenn man die Gewerkschaften schlägt, dann trifft man diese Arbeiter.

Die ganze Misere einer solchen Art liegt heute klar. In dem Maße, wie er geistig wachst, häumt sich der Arbeiterstand gegen jede Zurücksetzung, jede unwürdige Bewertung und Behandlung auf. Dieses Aufwachen ist der Verfassbarkeit der menschlichen Natur entsprechend verschieden. Ein Teil wird zu fanatischer, widerstandsfähiger, zu bitterem Haß getrieben, ein anderer Teil steht ohne inneres Interesse, ohne jede Anteilnahme dem ganzen Arbeiterkampf gegenüber, ein dritter kümmert, wie es die „Deutsche Bergwerkszeitung“ noch in ihrer Nr. vom 16. Januar darlegt, deutschen Heimatsland von den Füßen und hilft die Konkurrenz der ausländischen Wirtschaft stärken.

Unsere christlichen Gewerkschaften haben ihre Pflicht getan. Auch die geistige Aktivität mancher Bergkanten kann daran nichts ändern. Sie haben zu ihrem Teil den Geist der Verantwortung, der Pflichterfüllung, daneben aber auch den Geist des Standeshaltes, den Geist freien, deutschen Menschentums in die Arbeiterheeren hineingetragen. Und dieser Geist hat sich mehr als einmal in schweren Tagen auch zum Segen für unsere Wirtschaft bewährt. Er ist auch die geeignete Grundlage für die Arbeitsfreude. Und solche, die stärkste Triebkraft jeden gesunden Individualstrebens, weckt man nicht mit dessen Predigt, sondern mit wahrer Sozialgefinnung.